

Anfang September 2000 erschien im Philo-Verlag das Buch von Thomas Lackmann mit dem Titel *Jewrassic Park*.

Der Autor, 1954 in Lübbecke/Westfalen geboren, studierte Theologie in Fulda und Augsburg und war zur Zeit seiner Buchveröffentlichung als Feuilletonredakteur beim *Tagesspiegel* in Berlin beschäftigt.

Sein Buch befasst sich mit dem Jüdische Museum Berlin und seiner Vorgeschichte, die er wie eine Provinzposse beschreibt. Er pendelt dabei zwischen frei erfundenen Szenen und zum Teil recherchierten Ereignissen der Museumsplanung hin und her, den Leser dabei im Unklaren lassend, wo denn nun die Satire aufhört und die ernstgemeinte Kritik anfängt. Die verschiedenen Museumskonzepte werden vorgestellt, die der Autor auf dem Hintergrund der nach wie vor fehlenden Normalität der deutsch-jüdischen Beziehungen interpretiert.

Am 10. September 2000 veröffentlichte Michael Mönninger in der *Berliner Zeitung* einen Artikel, den er mit **Kannibalen der Kulturpolitik** betitelte. Die Antwort auf diesen Artikel wurde seinerzeit nicht gedruckt und wird hier erstmals veröffentlicht.

Kannibalen der Kulturpolitik

Eine Richtigstellung zum Jüdischen Museum Berlin. Von Vera Bendt

In seiner Buchbesprechung über „Jewrassic Park. Wie baut man (k)ein Jüdisches Museum“, das der Tagesspiegel-Journalist Thomas Lackmann im Philo-Verlag herausbrachte, spricht Michael Mönninger in der Berliner Zeitung vom 10. September vom gegenwärtigen Kannibalismus der Berliner Bauprojekte, bei denen sich das Jüdische Museum, die Topographie des Terrors und das Holocaust-Mahnmal einander Geld und Geist streitig machen. Lackmanns Anspielung auf die Dinosaurier aus Steven Spielbergs Filmklassiker Jurassic Park interpretiert Mönninger als die Ausbreitung des Jüdischen Museums vom einstigen Untermieter zum Alleinnutzer im Neubau und im ehemaligen Kammergerichtsgebäude des früheren Berlin Museums. Dann wird noch behauptet, dass Libeskind mit einer Kampagne in der amerikanischen Presse trotz hoher Vereinigungslasten und einer finanziellen Notlage Berlins sein Bauprojekt durchgesetzt hätte.

Die demagogisch anmutende Behauptung „vom Untermieter zum Alleinnutzer“ kann nicht unwidersprochen bleiben. Die zweite Behauptung, dass Libeskind in der amerikanischen Presse mit neuem deutschen Antisemitismus agiert hätte, trifft ebenfalls nicht zu. Zutreffend ist zwar, dass Libeskind mit „Antisemitismus“ häufig jongliert hat und mit seiner Jonglierkunst beeindrucken konnte. Aber die Presse-Initiative von 1991 war nicht an einen wie immer gearteten Antisemitismus-Vorwurf gekoppelt.

In allen Besprechungen über den Museumsbau des Architekten Daniel Libeskind, der als Erweiterungsbau des Berlin Museums geplant war, und in allen Publikationen über

die Vorgeschichte und Planungsgeschichte des Jüdischen Museums von der ersten Idee (1965) über das Palais Ephraim (1975) über das Integrationsmodell (1985) über die Abteilung zur Hauptabteilung (1995) bis hin zum Stiftungsgesetz vom 8. Dezember 1998 wird ein Ereignis ausgeklammert: Die Wende vom 9. November 1989.

Nach zwei Jahrzehnten des Hin und Her über ein geeignetes Gebäude für das Jüdische Museum wurde in den Jahren 1985 / 1986 die Idee des Integrationsmodells formuliert. Das „Integrationsmodell“ des Berlin Museums mit Jüdischem Museum im Erweiterungsbau hatte bedeutet, zwei Museumsideen (Geschichte der Mehrheit und Geschichte der Minderheit) unter einem administrativen Dach zu einem stadtgeschichtlichen Gesamtkomplex zusammenzubringen. Das Jüdische Museum sollte weder in seinen Inhalten noch in seiner Selbstdefinition majorisiert werden können, durch die „Integration“ sollte jedoch zugleich zum Ausdruck kommen, dass die Geschichte der Berliner Juden immer auch Stadtgeschichte Berlins ist. Die Priorität der Integrations-Museumspolitik war das gleichberechtigte Nebeneinander. Dieser Idee und ihrer Formulierung bot der Entwurf des Architekten Daniel Libeskind aus dem Jahr 1989 ein in seiner architektonischen Expressivität einmaliges Bauprojekt.

Im ersten Freudentaumel über das wiedervereinigte Berlin nach dem 9. November 1989 wurde dann jedoch eine „Museumswende“ eingeläutet. Die Vereinigung von Berlin Museum und Märkischem Museum erhielt die absolute Priorität. Von Vereinigungslasten und knappen Kassen war im ersten Jahr nach der Wende keine Rede, weder in der Museumsfrage, noch in der großen Politik. Im Gegenteil: Weil Oskar Lafontaine vor den heraufziehenden Kosten der Wiedervereinigung warnte und Helmut Kohl die Euphorie der Konsumgesellschaft in Ost und West beflügelte, verlor die SPD, die CDU gewann die erste Wahl nach der Wende. In der Museumsfrage waren alle Signale darauf gestellt, die beiden stadtgeschichtlichen Museen in Ost- und West-Berlin als zwei zusammengehörende Museumshälften zu behandeln, so als wären sie wie Nationalgalerie oder Staatsbibliothek getrennt gewesen und müssten unbedingt wiedervereinigt werden. Die Schaffung dieses größten Stadtmuseums in Deutschland setzte eine Neuplanung für den Libeskind-Neubau in Gang. In allen Vorplanungen und in der Wettbewerbsausschreibung war der Neubau für das Berlin Museum mit Jüdischem Museum ausgewiesen. Nun aber sollten dort auch die Depots und Werkstätten, die Bibliothek mit 60.000 Bänden, die Graphiksammlung mit 100.000 Blättern und die Gemäldesammlung des Märkischen Museums untergebracht werden. Selbstverständlich sollten auch viele Mitarbeiter dort unterkommen. Kaum war der Rohbau fertig, streiften die Kollegen des Märkischen Museums durchs Libeskind-Gebäude, um sich die Zimmer auszusuchen, die zuvor nach Anzahl und Größe nur für die Mitarbeiter des Berlin Museums berechnet worden waren. Die Ausstellungsräume sollten nicht mehr nur den Themen dienen, die vom Berlin Museum einst erdacht worden waren, sondern auch den Sondersammlungen und Wechselausstellungen des Märkischen Museums. Das Jüdische Museum musste dem Platzanspruch und dem neuen Wir-Gefühl des vereinigten Stadtmuseums weichen. Es wurde mit seinen Quadratmetern an Ausstellungsfläche ins Tiefgeschoß in Bereiche ausgelagert, die zuvor für Depots vorgesehen waren. Und selbstverständlich kam dann auch die Frage auf, warum „Wir“ denn immer noch für

die Wiedergutmachung bezahlen müssen, wir waren doch immer Antifaschisten.

Gegenüber der Öffentlichkeit wurde die neue Zweckbestimmung des Libeskind-Baus (nun auch als Erweiterungsbau des Märkischen Museums im vereinigten Stadtmuseum ausgewiesen), weitgehend verschwiegen. Die Korrumpierung des Integrationsgedankens, der vom gleichberechtigten Nebeneinander „Jüdisches Museum im Berlin Museum“ ausgegangen war, ist die Ursache für den schwelenden Museumskonflikt, der dann Mitte der 1990er Jahre in dem weltweit beobachteten „Berliner Museumsstreit“ ausbrach und dem nur deshalb Einhalt geboten wurde, weil Senator Radunski in einer Sternstunde den US-amerikanischen Politiker W. Michael Blumenthal bat, Berlin vor dem drohenden kulturpolitischen Desaster zu bewahren.

Die Problematik der Museumsfusion liegt aber noch an anderer Stelle. Die Sammlungen des Jüdischen Museums sollten mit einem Museum zusammengeführt werden, das in der NS-Zeit in die Konfiszierungen und Enteignungen des Besitzes und Eigentums von Berliner Juden eingebunden war. Die gegen Juden gerichteten NS-Sondergesetze erzwangen in den Jahren 1938 / 1939 die Abgabe von Edelmetallen und Wertgegenständen an die Berliner Pfandleihen. Walter Stengel, der damalige Direktor des Märkischen Museums, suchte sich aus diesem „Judensilber“ die interessanten Stücke pfundweise für die Silbersammlung des Märkischen Museums aus.

Die Unbedenklichkeit des 1962 gegründeten Berlin Museums, was die NS-Vergangenheit betrifft, war vielleicht der entscheidende Grund, dass in den 1970er und 1980er Jahren überhaupt eine Sammlung für das Jüdische Museum begonnen werden konnte. Eine erste Frage von Stiftern und Emigranten war immer, „Wie lange gibt es das Berlin Museum schon? War es in der Nazizeit schon da?“ Die Antwort beruhigte und bewirkte, dass über die Museumspläne überhaupt weiter gesprochen werden konnte. Das mühsam aufgebaute Vertrauen, Stück für Stück zusammengetragen und bewahrt wie die Erinnerungssteinchen auf jüdischen Grabstätten, wurde völlig aufgerieben und beinahe vollständig zerstört, als es um Karriere, Machtanspruch und Prioritäten in der Museumspolitik nach der Wende ging. Einige Stifter, die den Schwelbrand beobachteten, forderten ihre Dokumente und Erinnerungsstücke zurück.

Ein nahtloser Übergang des Jüdischen Museums ins vereinigte Stadtmuseum war nicht denkbar, aber davon wollten vor Professor Blumenthals Ankunft in Berlin weder die Museumspolitiker noch der Architekt etwas hören. Der Grund ist sehr simpel: Entweder wäre die Fusion oder der Erweiterungsbau geplatzt. Der Libeskind-Bau wurde dringend benötigt, um für die Fusion zum größten Stadtmuseum Deutschlands mit Generaldirektor-Posten und Hauptabteilungsleiter-Posten ein politisch wichtiges Argument, nämlich das Jüdische Museum, behalten zu können. Der Architekt Daniel Libeskind hingegen erkannte, dass die Herauslösung der Sammlung des Jüdischen Museums das Ende seines Architekturauftrages und seines Architektenvertrages bedeuten würde. Er war bereit, die Platzvergabe „Jüdisches Museum“ als Abteilung des Stadtmuseums im Untergeschoß mitzutragen. Das ermöglichte zwar, den Bau weiter voranzutreiben, aber die korrupte Umkehrung der Integrationsidee war dann im Endeffekt auch der erste Funke für den späteren Fehlstart des neugegründeten

Stadtmuseums.

Dass niemand auf die museumswissenschaftlichen Bedenken im Jahr 1990 achtete, hat dem Land Berlin beinahe sein gesamtes >Prestige< in Sachen Jüdisches Museum gekostet. Den Steuerzahler hat das Streben nach Größe im Stadtmuseum und die Ausschaltung der Berufserfahrung einer >Kuratorin< viele Millionen gekostet, die eingespart worden wären, hätte man die Warnungen vor der Totgeburt der „Hauptabteilung V“, Jüdisches Museum im Stadtmuseum, besser beachtet.

Dem Jüdischen Museum unter seinem ersten Direktor, dem Politiker W. Michael Blumenthal, die Hypotheken und Altlasten der unbewältigten Museumsvergangenheit aufbürden zu wollen, indem man ihm Kannibalismus unterstellt, ist dann doch mehr, als der gesunde Menschenverstand und die Intelligenz des zeitgeschichtlichen Beobachters verkraften kann.

-.-.-.-

Diese Antwort auf Michael Mönninger an die *Berliner Zeitung* wurde nicht veröffentlicht.